

Koalitionsvertrag aus Handwerkssicht

Mehr Sonne als Wolken



Für reichlich Diskussions- und Zündstoff hat der von Union und SPD vereinbarte Koalitionsvertrag gesorgt. Zahlreiche Verbandschefs und Top-Manager und haben sich über die Medien zu Wort gemeldet und zum Teil harsche Kritik geäußert. Doch laut der Financial Times Deutschland (FTD) zählt das Handwerk zu den größten Gewinnern des Vertragswerks. Und dafür gibt es einige Argumente.

Um das Handwerk zu stärken und Schwarzarbeit zu bekämpfen, sollen private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt von der Einkommensteuer begrenzt abziehbar sein. Im Gespräch sei laut FTD, dass sich die Steuerschuld durch die **Handwerkerrechnungen** um maximal 600 Euro pro Jahr reduzieren lassen wird.

Bereits ab 2006 soll es verbesserte steuerliche **Abschreibungsbedingungen** für Unternehmen geben. Demnach würden z.B. Neuschaffungen wie Maschinen im ersten Jahr mit einem Satz von 30 % abzugsfähig (bisher waren es 20 %).

Des Weiteren beabsichtigen die Regierungspartner, den **Bürokratieabbau** zu forcieren und z.B. die Berichtspflichten gegenüber Behörden zu reduzieren. Auch das „komplexe und unübersichtliche“ **Vergaberecht** wollen Union und SPD vereinfachen. Die **HOAI** soll neu geordnet und mit stärkeren Anreizen zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen ausgestattet werden.

Im Koalitionsvertrag wird ebenfalls angekündigt, dass die zu Jahresbeginn 2004 in Kraft getretene Novelle der **Handwerksordnung** überprüft wird, um einen möglichen Korrekturbedarf zu analysieren. Untersucht wird auch, ob die Einführung einer Mindestqualifikation für meisterfrei gewordene Berufe notwendig ist. Der Meisterbrief darf nicht durch EU-Vorgaben zur Dienstleistungsrichtlinie und der Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen ausgehöhlt werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Zudem profitiere das Handwerk auch von der Lockerung des **Kündigungsschutzes** meint die FTD.

Speziell für das Bau- und Ausbauhandwerk gibt es noch weitere, interessante Aspekte. Um die Energieeffizienz der Gebäude zu steigern, plant die Bundesregierung das **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** nicht nur auf ein Fördervolumen von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen, sondern „seine Wirksamkeit und Attraktivität entscheidend zu verbessern“. Als mögliche Maßnahmen werden im Koalitionsvertrag die Umstellung auf Investitionszuschüsse, steuerliche Erleichterungen sowie die Einbeziehung des Mietwohnungsbaus genannt. Interessant ist noch, dass auf die Einführung des **Gebäudeenergieausweises** ausdrücklich hingewiesen wird. Ziel aller Maßnahmen soll es sein, jedes Jahr 5 % des Gebäudebestands vor Baujahr 1978 energetisch zu sanieren.

Eine weitere positive Nachricht gibt es zum **Marktanreizprogramm** für erneuerbare Energien, dessen Mittel für 2005 ja bereits erschöpft sind. Die Förderung von Solarthermie, Biomasseanlagen etc. wird im bisherigen Umfang weitergeführt. Und um die Marktpotenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich noch besser zu erschließen, plant die Große Koalition weitere Instrumente einzuführen, wie z.B. ein regeneratives Wärmenutzungsgesetz.

Schrittweise erhöhen möchte man die Ausgaben für die **Energieforschung**, wovon u.a. die erneuerbaren Energien sowie die Brennstoffzellentechnik profitieren.

Leider gibt es auch belastende Unsicherheitsfaktoren. Dies sind vor allem die Streichung der Eigenheimzulage ab 2006 sowie die für 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung. Zudem muss die neue Bundesregierung ihre Ankündigungen erst einmal rasch und sorgfältig in die Praxis umsetzen. Doch bis dato fällt die Bilanz des Koalitionsvertrags für das Handwerk eher positiv aus, denn es gibt mehr sonnige als bewölkte Abschnitte. Das jedenfalls meint Ihr

Jürgen Wendnagel
SBZ-Redaktion